



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

allzuviel Wasser in ihren Wein zu gießen. Gewiß hat diese Reise im Orient einen gewaltigen Eindruck gemacht, und sie wird dem Ansehen des Deutschen Reichs, vielleicht auch unsern wirtschaftlichen Beziehungen zu Kleinasien zu statten kommen. Aber im Orient gehn solche Entwicklungen nur sehr langsam vorwärts, und so schön die hoffnungsreiche Begeisterung der hiesigen Deutschen auch erschien, die Spannung war zu hoch. Ernüchterung und Enttäuschung werden nicht ausbleiben.

(Fortsetzung folgt)

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Rettung der Gesandtschaften in Peking. Nach dem verunglückten ersten Vorstoß Seymours auf Peking war die Welt eine kurze Zeit in dem traurigen Glauben, daß die Rettung der Gesandtschaften nicht mehr möglich wäre, und sich die gemeinsame Aktion der Mächte nun ohne Rücksicht darauf und ohne jede Überhaftung auf die sichere Erzielung eines dauernden Erfolgs richten könne, der die Wiederholung ähnlicher Katastrophen für immer ausschloße und geordnete Macht- und Rechtsverhältnisse in China sichere. Als dann erfreulicherweise Nachrichten kamen, daß sich die Gesandtschaften noch hielten und dringend um Ersatz bäten, mußte selbstverständlich so schnell als möglich ein zweiter Vorstoß mit den augenblicklich verfügbaren Truppen versucht werden. Der Versuch ist, man darf wohl sagen, über alles Erwarten glücklich gelungen. Die Gesandtschaften sind entsetzt, und die ganze zivilisierte Welt, vor allem die in Peking vertretenen Nationen atmen erleichtert auf, befreit von dem entsetzlichen Bewußtsein, die auf ihre Hilfe vertrauenden und nach ihr rufenden Gesandten mit ihren Begleitern und Angehörigen machtlos dem furchtbarsten Untergange überlassen zu müssen. Mit aufrichtiger Freude hat auch das deutsche Volk den Entsatz der Gesandtschaften begrüßt, obwohl der deutsche Gesandte nicht mehr unter den Lebenden ist.

Die Rettung der Gesandten war unbestritten die erste, dringlichste, eine heilige Pflicht der Mächte. Sie war es so sehr, daß die chinesische Diplomatie sie — wie jetzt deutlich zu erkennen ist — von vornherein auszunutzen versucht hat, um ein energisches Vorgehn der Mächte zu verzögern, wenn nicht zu verhindern. Der Gedanke, daß die Gesandten als Geiseln in der Hand der chinesischen Regierung wären, und daß an ihnen jeder Schritt vorwärts, den die Mächte unternähmen, auf das grausamste gerächt werden könnte, mußte lähmend auf die Operationen einwirken. Es wäre in diesem Falle ernstlich zu erwägen gewesen, ob es nicht, um ihre Gesandten zu retten, die Pflicht der Mächte sei, auf jede Zwangsmaßregel gegen China vorläufig zu verzichten. Man muß sich das klar vor Augen halten, wenn man die Bedeutung, die die Einnahme Pekings hat, richtig würdigen will. So spärlich auch die Nachrichten über die Vorgänge dort seit zwei Monaten in die Öffentlichkeit gedrungen sind, das ist doch jetzt klar geworden, daß sich die Gesandten in der Hauptsache nicht gegen die Angriffe eines revoltierenden Pöbels, den die chinesische Regierung vergebens zu vernichten suchte, verteidigen mußten, sondern gegen die Versuche dieser Regierung selbst, sie zu Geiseln zu machen. Der Regierung lag selbstverständlich nichts an der Niedermezelung der belagerten Europäer, alles aber an ihrer Kapitulation. Sie mußte sie lebend in ihre Gewalt bekommen, und diesem Zweck waren die fortdauernden, wenig energischen Angriffe auf die Gesandtschaften ebenso klug angepaßt, wie das Aufrechterhalten des Scheins, als ob die Regierung ernstlich die Absicht habe, sie in Schutz zu nehmen und nach Tientsin eskortieren zu lassen.

Vielleicht hat ihnen die Kaiserin auch einmal Lebensmittel zukommen lassen, wie ausgefreut worden ist. Alles ist aufgeboden worden, die Gesandten dahin zu bringen, daß sie sich unter den Schutz der Regierung begäben, d. h. sich ihr auf Gnade und Ungnade ergäben. Aber sie wußten, was ihrer harzte, sie wußten, daß man sie als Geiseln haben wollte. Deshalb hielten sie mit nicht genug zu bewunderndem Heroismus aus, deshalb weigerten sie sich, das ihnen tückisch angebotne chinesische Geleit nach Tientsin anzunehmen, so dringend die Not auch wurde, und so wenig sicher ihnen auch die Aussicht auf rechtzeitigen Entsatz erscheinen mußte. Hätten sie sich dem Schutz der Regierung anvertraut, so wären sie schleunigst in das Innere des Niesenreichs geschleppt worden, und die wahrscheinlich längst vorgesehene Räumung Pekings hätte sich dann wohl ohne jede besondere kriegerische Anstrengung der Entsatztruppen vollzogen. Die Helden bei dem Entsatz der Gesandtschaften sind vor allem die Gesandten und ihre Schutzkommandos, deren tapfere Ausdauer und deren kluge Vorsicht die Hauptsache zu dem günstigen Erfolg des Handstreichs auf Peking beigetragen haben. Ihnen gebührt deshalb in erster Linie die Bewunderung und der Dank der Nationen.

In das klarste Licht ist jetzt endlich auch das schwere Verschulden und der böse Wille der chinesischen Regierung gesetzt. Wenn ihr Versuch, die Gesandten als Geiseln mit sich zu nehmen, an deren heldenmütigem Widerstand und dem Gott sei Dank noch rechtzeitigen Eintreffen der Entsatzkolonnen gescheitert ist, ist deshalb etwa dieses Verschulden geringer, als wenn die Gesandtschaften nach einem kräftigen Angriff der chinesischen Truppen niedergemacht worden wären? Sicher doch ebensowenig, wie das Verschulden der chinesischen Regierung am Deutschen Reich dadurch größer ist als an den andern Mächten, daß Herr von Ketteler tot, die übrigen Gesandten zufällig noch am Leben sind. Alle Gesandtschaften haben Tote und Verwundete zu beklagen, daß gerade die Chefs nicht von chinesischen Kugeln erreicht wurden, kommt bei der Schuldfrage nicht in Betracht. Man mag sich in solchen Sachen häufig auf einen formalen Standpunkt, von dem nur der äußerliche Erfolg beachtet wird, stellen, aber in diesem Falle hieße es doch der Nartheit und der Lüge die Krone aufsetzen, wollte man durch die Errettung der Gesandten von dem Geschick, das ihnen der wohlüberlegte böse Wille der chinesischen Regierung zugedacht hatte, den Zweck der gemeinsamen Aktion der Mächte in China für erreicht erklären und eine recht baldige freundschaftliche Einigung auf dem vielgenannten status quo ante für angebracht. Seit vierzig Jahren sind Gesandte europäischer Nationen beim Peking Hofe beglaubigt und chinesische Gesandte an europäischen Höfen. Da ist von Unkenntnis oder von Nichtverstehen des Gesandtenrechts und der Folgen seiner Verletzung bei der chinesischen Regierung doch nicht mehr zu reden.

Ganz entschieden widerlegt worden ist durch die nach dem Entsatz der Gesandtschaften bekannt gewordenen Nachrichten aber auch das Gerüde, es gäbe zur Zeit überhaupt gar keine Regierung in China, die man für irgend etwas verantwortlich machen, mit der man verhandeln, oder der man den Krieg erklären könnte. Die chinesische Zentralregierung besteht, wie sie immer bestanden hat; nicht besser und nicht schlechter als seit Jahrzehnten, in denen man ihr Geld geborgt, von ihr Konzessionen erlangt, mit ihr allerhand Verträge in bester völkerrechtlicher Form geschlossen hat. Auch die Herren Bizekönige zittern wie bisher vor ihrer Rache, tanzen nach ihrer Pfeife, vielleicht gerade da am meisten, wo sie sich den Schein recht weit gehender Selbständigkeit geben. Daß sich die Regierung natürlich nicht hat in Peking fangen lassen, ändert nichts an der Thatsache ihrer Existenz.

Die einzige Konsequenz, die die Mächte aus der durch den Entsatz der Gesandtschaften geschaffnen Lage ziehen können, wenn sie einen vernünftigen Zweck verständig verfolgen, wäre jetzt die unverzügliche formelle Kriegserklärung an die chinesische Regierung. Solange man glaubte, es mit einem regierungslosen Chaos zu thun zu haben, oder der Regierung gegen revol-

tierende Bozer helfen zu sollen, auch so lange man die Gesandten in der Hand des Feindes wußte, konnten Bedenken dagegen geltend gemacht werden. Jetzt sind diese weggefallen, und nichts kann diesem sich eigentlich als selbstverständlich aufdrängenden Akt noch entgegenstehn als Sondergelüste einzelner Mächte. Aber gerade deshalb sollte verständigerweise von den Mächten, die den Gesamtzweck wollen, darauf gedrungen werden. Nichts wird der chinesischen Regierung den Ernst der Sache schärfer zu Gemüte führen, nichts aber auch die Stellung der „Verbündeten“ — das Wort sagt vorläufig viel zu viel — zur Sache und zu einander besser aufklären. Was soll aus einem Feldzuge werden, zu dem zwar die verschiedensten Mächte Truppen und Schiffe stellen, bei dem aber niemand weiß, wer schließlich für oder wider oder neutral sein will? Hoffentlich werden die erretteten Gesandten ihren Regierungen ein recht helles Licht über den *casus belli* aufstecken, und wird vollends das Eintreffen des „Oberkommandos“ auf dem Kriegsschauplatz dahin führen, dem Chaos auf seiten der Mächte ein Ende zu machen. Das Deutsche Reich, das das Oberkommando stellt, hat das gute Recht, ja die Pflicht, darauf zu dringen, daß Licht wird. Um Staat zu machen und „auf Prestige“ zu arbeiten entsendet der deutsche Kaiser nicht einen Feldmarschall und viele Tausende von waffengeübten Landeskindern nach Ostasien. Thatsächlich stehn wir vor der Kriegserklärung oder doch vor dem eigentlichen Kriege, nicht vor dem Friedensschlusse.

Unmöglich ist es freilich nicht, daß sich einzelne Mächte, trotz des auch für sie klar vorliegenden Grundes und Zwecks des Kriegs, jetzt gern zufrieden geben möchten, wenn nur die chinesische Regierung ihnen den Verrat an der gemeinsamen Sache durch Sondervorteile sicher und ausgiebig genug bezahlte. Aber wahrscheinlich ist es vorläufig nicht, daß diese löbliche Absicht bis zur gewalthätigen Feindseligkeit gegen andre Mächte, die den gemeinsamen Zweck erreicht sehn wollen, getrieben werden sollte. Niemand kann heut sagen, was über vier Wochen sein wird, aber das können wir Deutschen heut schon getrost annehmen, daß in China unserm und dem gemeinsamen Kriegszweck doch eigentlich nur von der angelsächsischen Seite Verrat droht, daß sich aber Großbritannien wie die Vereinigten Staaten es heute mehr als jemals ernstlich überlegen werden, sich dem energisch geltend gemachten Willen des Drei- und Zweibunds nicht zu fügen. Diese Chinaaffaire wird sich zunächst nicht zu dem Weltkrieg auswachsen, von dem man spricht. Auch wenn Rußland die Mandchurei haben wollte, so störte das uns und den ganzen europäischen Kontinent gar nicht. Es soll nur mit uns und den übrigen Kontinentstaaten an der Integrität der Seeküste Chinas und ihrer Zugänglichkeit für alle gegen angelsächsische Gelüste festhalten. Und dafür bürgt wohl vorläufig sein allereigenstes Interesse. Die Chancen, sein Stimmrecht im Konzert der Weltmächte mit voller Wirkung geltend zu machen, sind für das Deutsche Reich, wie die Sachen heute liegen, die denkbar günstigsten. Es erstrebt keine Sondervorteile, es will nichts erobern. Aber es will darauf halten, daß auch andern ihre Sucht nach Sondervorteilen und nach Eroberungen gelegt werde, wo immer sie unsre politische und wirtschaftliche Entfaltung bedroht. Und daß das ein großer, ein epochemachender Schritt vorwärts in der Politik des Deutschen Reichs ist, wer vermöchte das zu leugnen, der die Geschichte der Welthandel bis in die neueste Zeit hinein nicht ganz verschlafen hat. Die Leiter unsrer Politik werden ganz gewiß nicht leichtfertig einen Weltkrieg und auch keinen europäischen Krieg der chinesischen Frage wegen für das Reich heraufbeschwören, dafür bürgt schon ihre bisher der angelsächsischen Begehrlichkeit gegenüber bewiesene Langmut. Graf Bülow wägt genau ab, was zu riskieren und was zu gewinnen ist, und Graf Waldersee hat doch wohl von seinem großen Lehrmeister, der ihn zum Nachfolger wählte, genug gelernt, um erst zu wägen, dann zu wagen.

β